Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb., Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 51 und 91, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 551. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 296. Dienstag, den 22. Dezember 1925. 78. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Dienstag, den 22. Dezember, vorm. 9 Uhr, soll in Beierfeld 1 größerer Posten Zigaretten und Tabak öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthof zum „Albert-Turm".

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Dienstag, den 22. Dezember, vorm. 11 Uhr, sollen in Bernsbach 150 Flaschen Wein und 50 Pfund Bienenhonig öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Restaurant „Germania".

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Dienstag, den 22. Dezember 1925, vorm. 9 Uhr, sollen in Beierfeld 1 Gabelschere mit Bock, 1 Laufgewichtswage und 1 elektrische Schweißmaschine öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthof zum „Albert-Turm".

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Dienstag, den 22. Dezember 1925, vormittags 10 Uhr, soll in Beierfeld 1 Schreibmaschine öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthof „Erzgeb. Hof".

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Dienstag, den 22. Dezember 1925, vormittags 9 Uhr, soll in Schwarzenberg-Sachsenfeld 1 große Handstanze mit Balance öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Döhlers Restaurant.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Aue. Das Stadtbad

im Oberrealschulgebäude ist in der Weihnachtswoche als auch in der Neujahrswoche am **Dienstag** und **Mittwoch** von früh 8 bis abend 8 Uhr und am Donnerstag von früh 8 bis mittag 12 Uhr geöffnet. Am Sonnabend ist das Bad an beiden Wochen geschlossen.

Aue, 21. Dezember 1925. Der Rat der Stadt.

Sämtliche Zusatzrentenempfänger erhalten als einmalige Zuwendung **ein Viertel der Dezemberzusatzrente.** Die Auszahlung an die hiesigen Zusatzrentenempfänger erfolgt am **Dienstag, dem 22. Dezember 1925,** von vorm. 8—11 Uhr, in der Stadthauptkasse (Stadthaus).

Schwarzenberg, am 21. Dezember 1925.

Der Rat der Stadt. — Abtlg. Kriegerfürsorge.

Aufruf zu einer Schwarzenberger Notgemeinschaft!

Wie in den letzten Jahren, so wird auch in diesem Winter die Not eines Teiles unserer Einwohner besonders fühlbar. Die Hilfsbedürftigen, die aus Mitteln der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt werden (Klein- und Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose und Kurzarbeiter), können mit der ihnen bewilligten öffentlichen Unterstützung nur ihren notwendigen Lebensbedarf decken. Freiwillige Liebesgaben seitens des übrigen Teiles der Bürgerschaft, der durch Einkommen und Vermögen hierzu befähigt ist, sind erwünscht, um die öffentl. Fürsorge in geeigneten Fällen erweitern zu helfen. Wer hierzu beiträgt, wirkt durch dies tätig gezeigte Mitgefühl zugleich bei der — jetzt mehr denn je — wichtigsten Aufgabe im deutschen Vaterlande mit, die Einigkeit unter den Mitbürgern herbeizuführen. — Der Einfachheit halber soll in diesem Jahre die Einsammlung der Beiträge für die Schwarzenberger Notgemeinschaft durch die zehn ehrenamtlichen Wohlfahrtspfleger, und ihre Verteilung — über das Maß der öffentl. Wohlfahrtspflege hinaus — durch den Wohlfahrtsausschuß beim Stadtrat erfolgen. Pfleger und Ausschuß haben sich bereit erklärt, die Arbeit zu übernehmen. Die Herren Wohlfahrtspfleger, die, soweit sie nicht persönlich bekannt sein sollten, durch einen amtlichen Ausweis und eine ebensolche Sammelliste erkenntlich sind, werden in den nächsten Tagen in ihren Wohlfahrtspflegebezirken herumgehen und anfragen, wer durch einen einmaligen Beitrag oder besser noch durch monatliche laufende Unterstützungen zu dem Werke der Nächstenliebe beitragen kann und will.

Stadtrat Schwarzenberg, den 16. Dez. 1925.

Dr. Nießsch, Bürgermeister.

Nachruf!

Am 17. Dezember verschied unerwartet unser Fleischbeschauer

Herr Wilhelm Winkler.

41 Jahre hat der Verblichene unserer Gemeinde in vorbildlicher Treue gedient. Im Amte war äußerst gewissenhaft, gerecht und hilfsbereit und hat sich damit die Achtung und Wertschätzung in der Gemeinde erworben. Auch sonst hat er sich gern und freudig in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Insbesondere als langjähriger Führer der Sanitätssache hat er sich große Verdienste erworben.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

In seine stille Gruft rufen wir ihm ein „Habe Dank" und „Ruhe sanft" nach.

Der Gemeinderat zu Zschorlau.

Der Ernst der Wirtschaftslage.

Der unausführbare Dawesplan. Bisher nur ein Vorspiel. Abwehr von Verhetzungen.

Die Erklärung der Regierung über den Reichshaushaltplan, die wir an anderer Stelle der heutigen Nummer des „E. V." bringen, ist nichts weniger als beruhigend. Sie gibt zu, daß neue Geldquellen in und außerhalb Deutschlands nicht erschlossen werden können, daß vielmehr die Steuerlast vermindert werden müsse, und gibt als Rettungsmittel unnachsichtige Sparsamkeit und Ausfuhrsteigerung an. Was die Sparsamkeit anlangt, so ist sie eine Frage der Abänderung des Systems, das sich in gleicher Weise in Reich, Ländern und Gemeinden festgefressen hat. Der Parlamentarismus, der um der Mandate willen Geld ausgibt, ohne um Deckung besorgt zu sein, hat gründlich versagt. Hier liegt der Grund des Uebels, das nur eine starke Hand auszurotten im Stande sein wird. Ob sich eine solche findet? Viel Zeit ist jedenfalls nicht mehr zu verlieren. Eine allgemeine Ausfuhrsteigerung ist, solange wir von Inflationsländern umgeben sind, kaum zu erwarten. Sie hängt also erst in zweiter Linie von unserem Wollen ab.

Von Interesse ist, daß der Bericht zwischen den Zeilen Zweifel an der Möglichkeit der Erfüllung des Dawesplanes ausspricht. Rücklagen für die kommenden erhöhten Verpflichtungen aus ihm sind nicht vorhanden. Das bedeutet in Verbindung mit der inneren Wirtschaftslage Deutschlands die Bankerotterklärung des Londoner Abkommens. Wie der demnächst erscheinende Jahresbericht der Berliner Industrie- und Handelskammer, der ein geradezu vernichtendes Urteil über die Ergebnisse des vergangenen Wirtschaftsjahres fällt, richtig ausführt, ist es nicht Schuld der Wirtschaft, wenn das im Dawesplan als Schonjahr in Aussicht genommene vergangene Wirtschaftsjahr die Erwartungen nicht erfüllt hat. Wenn uns auf längere Dauer, so heißt es in dem Bericht, die Türen des Auslandes für unsere Waren noch weiter verschlossen bleiben, so ist das, was wir bisher beobachteten, erst ein Vorspiel von dem viel Schlimmeren, das kommen muß.

•

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat unter Hinweis auf den Attentatsplan gegen Dr. Stresemann den Reichsjustizminister darauf aufmerksam gemacht, daß es hohe Zeit sei, die Verhetzung des Volkes zu bekämpfen. Nach dem Attentat auf Rathenau wurde der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik eingesetzt, dessen Aufhebung jetzt gerade von den Parteien gefordert wird, die s. Zt. am lautesten nach ihm schrieen. Jedenfalls hat diese Maßnahme nicht allzuviel genützt. Was ist nun zu tun? Vielleicht gibt es nur eine Möglichkeit, das Uebel an der Wurzel anzupacken. Es sind demokratische Blätter, die zuerst darauf hinwiesen, daß nur die Zensur hier Abhilfe schaffen könne. Freilich liegt die Gefahr vor, daß eine solche einseitig gehandhabt würde. Auch hier müßte eine starke Hand walten dürfen, unbeeinflußt von dem Geschrei der Parlamente. Die wirklichen Volksverhetzer sitzen, wie ein Vergleich der Zeitungen aller Parteirichtungen ergibt, nicht auf der Seite, gegen welche z. B. das Leipziger demokratische Organ mit Zensurmaßnahmen vorzugehen vorschlägt.

•

Außer mit ausgesprochenen Verhetzungen wird mit beunruhigenden Falschmeldungen gerade jetzt ein frivoles Spiel getrieben. Die erlogene Mitteilung von Erwägungen über die Verhängung des Ausnahmezustandes ist das jüngste Beispiel. Wo die Quelle dafür zu suchen ist, ist ebenso klar, wie der Zweck, der damit erreicht werden soll. Die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene wirtschaftliche und seelische Not wird hier planmäßig zum Aufputschen der Massen benutzt. Man sollte über den Attentatsplänen einiger unnormaler Menschen nicht vergessen, welches Unheil durch auf die Massenpsyche wirkende Mittel herbeigeführt werden kann.

• • •

Der unerfreuliche Reichshaushaltplan.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichsrates vom Sonnabend nachmittag stand der Entwurf des Reichshaushaltplanes für 1926. Ministerialdirektor Sachs führte dazu u. a. aus:

Der Haushaltsplan hält in Einnahme und Ausgabe mit 7,7 Milliarden Reichsmark das Gleichgewicht und wird voraussichtlich den Gesamtausgabebedarf für 1925 nicht überschreiten, wiewohl sich die aus dem Haushaltplan zu bestreitenden Reparationslasten für das Rechnungsjahr 1926 um dreihundert Millionen Reichsmark gesteigert haben. Die Reichsregierung vertritt die Auffassung, daß die Unterbringung einer Anleihe auch 1926 noch nicht möglich sein würde. Sie hat daher darauf Bedacht genommen, die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes, soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt sind, durch einen Ueberschuß des ordentlichen Haushalts, also aus laufenden Mitteln, zu bestreiten.

Wie ernst die Wirtschaftslage ist, lehrt jeder Tag. Wenn es gelungen ist, den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, so ist doch nicht abzusehen, ob selbst die vorsichtigen Einnahmeschätzungen der Reichsregierung gegenüber der weiteren Entwicklung standhalten werden, und ebenso wenig nach den bisherigen Erfahrungen bei der Beratung des Haushaltsplanes für 1925, ob die Bemühungen der Reichsregierung und des Reichsrates, das Gleichgewicht zu erhalten, die Unterstützung des Reichstages finden werden. Ein Ausblick auf die späteren Rechnungsjahre lehrt, wie schnell und in wie gewaltigem Ausmaß die den Haushaltsplan belastenden Ausgaben aus dem Londoner Abkommen ansteigen. Rücklagen für diese Zahlungen sind nicht vorhanden.

Es wird kaum bestritten werden können, daß die Belastung der Wirtschaft mit Steuern und sozialen Lasten eine Erhöhung nicht mehr verträgt. Die Steuerlast ist seit der Vorkriegszeit um mehr als das Doppelte angestiegen. Wir bedürfen einer starken Steigerung unserer Ausfuhr, um damit unsere Reparationslasten wenigstens zum Teil zahlen und den gewaltigen Fehlbetrag in unserer Handelsbilanz abmildern zu können. Aber unsere Industrie ist im Auslande nicht wettbewerbsfähig, solange ihre Erzeugung mit so hohen Lasten beschwert ist, und solange ihr im Inlande die gute und zahlungsfähige Kundschaft der Landwirtschaft fehlt. Die Landwirtschaft, mit den gleichen Lasten beschwert, erzeugt zu teuer, um ihre Erzeugnisse zu lohnenden Preisen absetzen zu können. Ihr fehlt die Kraft, ihre Betriebe auszubauen und hierfür Industrieerzeugnisse abnehmen zu können. Wir stehen vor der Aufgabe, die Steuern zu vermindern und zu gleicher Zeit die Einnahmen gewaltig steigern zu müssen.

Der Weg, der zurzeit gegangen wird, die Steuereinnahmen zu senken und daneben beträchtliche Mehrausgaben zu beschließen, ohne Deckung für diese zu schaffen, ist sicherlich nichtderrichtige. Sollen die Beträge, deren Aufbringung zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen unabweisbar ist, aus den laufenden Einnahmen des Reiches gewonnen und sollen diese zugleich durch Steuersenkung geschmälert werden, so gibt es nur ein Mittel: es muß allenthalben zu der unnachsichtigen Sparsamkeit geschritten werden, die unserer Verarmung und unserer Belastung mit Zwangsausgaben entspricht. Wir müssen sparen, um Mittel frei zu machen für die Zwecke, deren Erfüllung unerläßlich ist, wir müssen auch sparen, um mit geringeren Einkünften haushalten zu können. Das kann nur geschehen im Wege einer starken Beschränkung der Aufgaben des Reiches und einer scharfen Sonderung des Aufgabenkreises von Reich und Ländern. Die bittere Not wird dazu führen, im Reichshaushalt, wo jetzt noch unter der Nachwirkung der Inflationsbegriffe mit leichter Hand Millionen ausgegeben werden, wie früher sorgsam nach Tausenden zu rechnen.

•

Reichsregierung und Dawespakt.

Berlin, 20. Dez. In politischen Kreisen spricht man schon seit einiger Zeit davon, daß bei der Reichsregierung Erwägungen schwebten, auf welche Weise eine Lockerung des Dawespaktes erreicht werden könnte. Man bringt damit die Besprechungen, die der Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Amerika gehabt hat, in Zusammenhang und glaubt auch, daß die vom „Matin" vorgeschlagene Ueberantwortung der deutschen Eisenbahnobligationen an Amerika zur Konsolidierung des französischen Zinsendienstes in diesen Erwägungen eine Rolle spielt.

• • •

Berlin, 20. Dez. Gegen den Herausgeber der Zeitschrift „Das Hakenkreuz", Dr. Heinrich Pudor in Leipzig, ist wegen der Beschimpfungen des Reichspräsidenten und die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen Dr. Stresemann die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden.

• • •

SLUB
Wir führen Wissen.